# ExportManager

Ausgabe 8 | 12. Oktober 2022
www.exportmanager-online.de

Ausgewählte Informationen für Exportverantwortliche

## Schwerpunktthema dieser Ausgabe: Südamerika

Viel sozialer Sprengstoff in Lateinamerika | Interview: Brasilien mit dem am stärksten diversifizierten Industriepark | Bolivien und Ecuador werden immer grüner | Exporterfolge nach der Zeitenwende | Expansion nach Lateinamerika? | Brasilien vor der Stichwahl | Wie verändert Inflation die Kreditverträge? | Die Komplexität des Klimawandels | Neue Russland-Sanktionen (5): Was sich im achten Paket ändert

Ein Kopf-an-Kopf-Rennen bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien, eine abgeschmetterte Verfassung in Chile oder Massenproteste an vielen Ecken: Es gibt in Lateinamerika derzeit fast kein Land, in dem die Bevölkerung nicht in Aufruhr ist. Für die Zukunft ist das alles aber womöglich auch ein gutes Zeichen. Denn ein Volk kann viel Positives bewirken, wenn es sich wehrt.

Viele südamerikanische Staaten bekommen derzeit noch aus einem anderen Grund Rückenwind: wegen des Klimawandels und der gestiegenen Energiepreise. Länder wie Bolivien, Chile oder Ecuador sind reich an Sonne, Wind und Geothermie. Dadurch gibt es dort auch für die immer gefragtere Wasserstoffproduktion wahre Eldorados. Viele unserer Beiträge im neuen **ExportManager** widmen sich dem geänderten Selbstverständnis ausgewählter lateinamerikanischer Staaten.

Beim diesjährigen „Tag der Exportweltmeister" am 20. Oktober wird es ebenfalls um Märkte gehen, die man vielleicht vor der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg nicht auf dem Schirm hatte. Auf dass sich in Frankfurt unsere Wege kreuzen.

***Jörg Rieger***

# THEMEN

## VERKAUFEN

**3 Viel sozialer Sprengstoff in Lateinamerika**
In mehreren Ländern kommt es allen voran wegen steigender Preise zu heftigen Protesten, Streiks und Straßenblockaden. Manche Regierungen greifen auf Preiskontrollen zurück, da Subventionen durch die hohe Staatsverschuldung und steigende Zinssätze zu kostspielig sind.
*Karsten Koch, Credendo*

**5 „Brasilien hat den am stärksten diversifizierten Industriepark in Südamerika"**
Coface-Volkswirtin Patricia Krause über Lateinamerika als wichtigen Lieferanten von Rohstoffen für die EU, den stark gestiegenen Handel mit China und neue Lieferketten.
*Patricia Krause, Coface*

**8 Bolivien und Ecuador werden immer grüner**
Das Lateinamerika-Team von Oddo BHF wirft einen Blick in zwei Andenländer, die Nachhaltigkeit in ihrer Verfassung verankert haben.
*Ingo Tuchnitz, Bernd Ripp, Annemarie Kümpel, Oddo BHF*

## VERNETZEN

**10 Exporterfolge nach der Zeitenwende**
Um andersartige Lieferketten, geänderte Exportkontrolle, digitale Lösungen, künftige Chancen und vieles mehr geht es beim „Tag der Exportweltmeister" am 20. Oktober in Frankfurt am Main.
*Jörg Rieger, ExportManager*

**11 Expansion nach Lateinamerika?**
Eine Verlagerung der Einkäufe nach Europa oder auch ein Markteintritt in Lateinamerika sind interessante Alternativen.
*Uwe Erbs, Santander*

## FINANZIEREN

**13 Brasilien vor der Stichwahl: Chance oder Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung?**
Im Wahljahr 2022 stellen die Brasilianer die Weichen für die kommenden Jahre. Dies hängt nicht nur von der Stichwahl um das Präsidentenamt ab: Am 2. Oktober hat Brasilien auch ein neues Parlament und Gouverneure der Einzelstaaten gewählt.
*Cristian Oppen, Maytê Anjos, LBBW*

**15 Wie verändert Inflation die Kreditverträge?**
Für die Banken ist Inflation Segen und Fluch. So oder so müssen sich Unternehmen auf teurere Kredite einstellen.
*Deutsche Bank*

## LIEFERN

**17 Klimawandel: ein Risiko beispielloser Größe und Komplexität**
Während die Welt noch mit den Folgen von Covid-19 zu kämpfen hat und zusätzlich mit einer Energie- und Preiskrise konfrontiert ist, ist die Klimakatastrophe eklatanter denn je. Über welche Kanäle sie die Lebensgrundlage vieler Menschen rund um den Globus angreift.
*Frank Simon, Credendo*

**20 Neue Russland-Sanktionen (5): Was sich im achten Paket ändert**
Am 6. Oktober 2022 hat die EU als Antwort auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine weitere Sanktionen gegen Russland beschlossen.
*Harald Hohmann, Hohmann Rechtsanwälte*

**23 STRATEGISCHE PARTNER UND IMPRESSUM**

# Viel sozialer Sprengstoff in Lateinamerika

In mehreren Ländern kommt es allen voran wegen steigender Preise zu heftigen Protesten, Streiks und Straßenblockaden. Manche Regierungen greifen auf Preiskontrollen zurück, da Subventionen durch die hohe Staatsverschuldung und steigende Zinssätze zu kostspielig sind. Auch der Klimawandel und Umweltanliegen führen in der Region immer häufiger zu Tumulten.

©SL-Photography/Shutterstock

**Der Schein trügt: In Ländern wie Panama gab es vor allem in den Städten zuletzt heftige Tumulte.**

Nach einer fast zweijährigen Unterbrechung durch die Covid-19-Pandemie und daraus resultierender Lockdown-Maßnahmen sind die Unruhen in Lateinamerika eindeutig wieder auf dem Vormarsch. In den vergangenen Monaten kam es in mehreren Ländern zu (gewaltsamen) Protesten, Streiks und Straßenblockaden, z.B. in Panama, Peru, Haiti, Argentinien und Ecuador. Die Region hat eindeutig einen „heißen" Winter erlebt. Der sprunghafte Anstieg der Preise, der in vielen Ländern eine zweistellige Inflationsrate zur Folge hat (siehe Grafik 1, S. 4) und oftmals ein 15-Jahres-Hoch erreicht, hat zu Unruhen geführt. Vor allem die laufend steigenden Energie- und Lebensmittelkosten, die für die Menschen die bitterste Form der Inflation sind, haben in Lateinamerika und anderen Schwellenländern auf der Welt Unruhen ausgelöst.

Das ist kaum verwunderlich. In solchen Staaten, in denen Lebensmittel und Energie leicht 40% des Warenkorbs der Bevölkerung ausmachen (gegenüber 15% in Industrienationen), schlagen die höheren Preise schnell durch. Ein weiterer Faktor ist die jüngste Covid-19-Pandemie. Wissenschaftliche Untersuchungen deuten daraufhin, dass politische Unruhen in der Regel zwei Jahre nach Beginn einer typischen Epidemie (wie der Corona-Ausbruch im Jahr 2020) ihren Höhepunkt erreichen. Speziell in Lateinamerika verschärfen diese beiden Schocks die bereits bestehenden Missstände wie das große Wohlstandsgefälle, die hohen Kriminalitätsraten und die als hoch empfundene Korruption. Auch der Klimawandel und Umweltanliegen führen in Lateinamerika immer häufiger zu Protesten.

## Spielraum für Subventionen

Viele Regierungen in Süd- und Mittelamerika stehen unter dem Druck, die soziale Unzufriedenheit durch Kraftstoff- und Nahrungsmittelsubventionen und staatliche Beihilfen einzudämmen. Positiv wirkt sich aus, dass die meisten Regierungen durch die Touristenankünfte seit 2022 und den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Aufhebung der Covid-19-Lockdowns höhere Steuereinnahmen verzeichnen konnten. Eine große Rolle spielen für die meisten Länder zudem Nahrungsmittelexporte, auf die im Durchschnitt ein Fünftel der Leistungsbilanzeinnahmen entfällt. Die höheren Nahrungsmittelpreise im vergangenen Jahr haben einen gewissen Spielraum für die Finanzierung von Kraftstoff- und Nahrungsmittelsubventionen geschaffen, der jedoch nur von kurzer Dauer sein könnte. Denn seit Juli sinken die Nahrungsmittelpreise wieder.

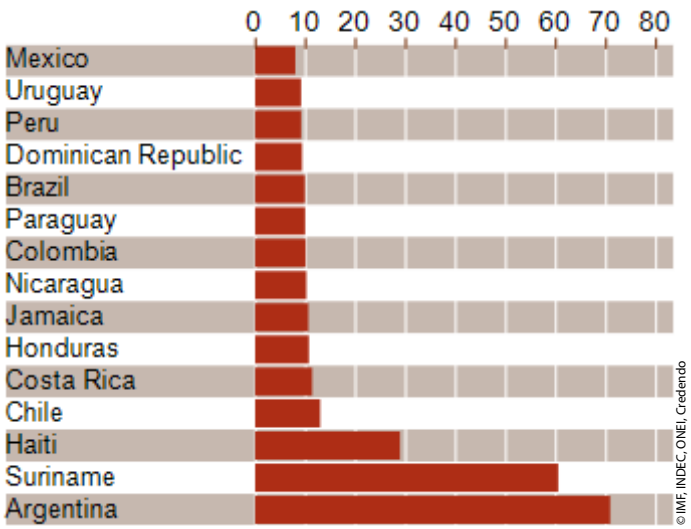
Darüber hinaus weist die Region, wie in Grafik 2 dargestellt ist, eine relativ hohe Staatsverschuldung im Verhältnis zu den Staatseinnahmen auf. Die Staatsverschuldung stieg 2020 stark an, da die

***Karsten Koch***
*Country Manager,*
*Credendo*

*k.koch@credendo.com*
*www.credendo.com*

meisten Regierungen (mit Ausnahme Mexikos) während der Covid-19-Pandemie bei sinkenden öffentlichen Einnahmen Sozialschutzmaßnahmen anboten. Ein zusätzliches Problem sind die steigenden Zinssätze aufgrund der anhaltenden weltweiten Straffung der Geldpolitik. Infolgedessen wird der Zugang zu externer Finanzierung restriktiver und teurer.

Außerdem wurden viele Investoren von der Tatsache verunsichert, dass in zahlreichen Ländern wie erwähnt Unruhen oder größere politische Unsicherheiten herrschten (z.B. durch neue Präsidenten, die sich gegen das Establishment stellen). Das macht es schwieriger, ausländische Investitionen anzuziehen. Darüber hinaus haben viele Volkswirtschaften unter Kapitalabflüssen gelitten. All diese Faktoren erschweren die Fähigkeit einiger Länder, ihren öffentlichen und externen Finanzierungsbedarf zu decken, während einige Staaten auch nur über begrenzte inländische Finanzierungsmittel verfügen.

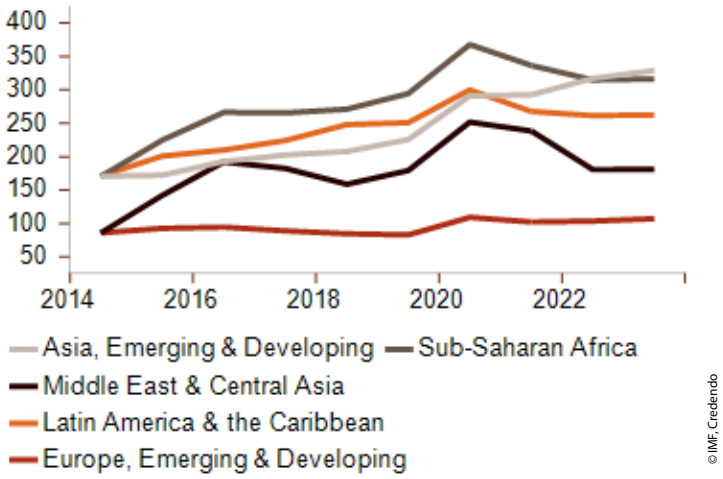



**Grafik 1: In vielen Ländern der Region liegt die Inflationsrate derzeit bei rund 10%, in einigen Staaten wie Argentinien aber noch viel höher.**

## Mehr staatliche Eingriffe

Ein sichtbarer Trend in Lateinamerika ist die Forderung der Bevölkerung nach einer größeren Rolle des Staates in der Wirtschaft. Infolgedessen greifen die Regierungen zunehmend auf Instrumente wie Preiskontrollen (z.B. Panama, Bolivien oder Argentinien) und Exportbeschränkungen zurück, um den Preisdruck im Inland zu verringern. Argentinien verhängt bspw. regelmäßig vorübergehende Ad-hoc-Exportverbote und -quoten auf Agrarprodukte.

Preiskontrollen können jedoch die Rentabilität von Unternehmen und das wirtschaftliche Umfeld insgesamt beeinträchtigen. Wenn solche Kontrollen über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben oder dauerhaft werden, kann es zu Engpässen kommen, weil verlustbringende Unternehmen ihre Produktion einstellen oder drosseln. So können Versorgungsengpässe zu neuen Unruhen führen. In diesem Zusammenhang nimmt auch der Ressourcennationalismus zu (etwa Lithium in Bolivien und Mexiko) und es kommt vermehrt zu Änderungen bei öffentlichen Aufträgen (z.B. in Honduras, Kolumbien und Mexiko) oder zur Stornierung von Projekten nach Protesten (v.a. dann, wenn Umweltfragen eine Rolle spielen).




**Grafik 2: Das Missverhältnis zwischen Staatsverschuldung und Staatseinnahmen ist in lateinamerikanischen Ländern mit rund 250% auf einem hohen Niveau.**

## Weitere Unruhen sind wahrscheinlich

Eine Vorhersage, wo und wann der nächste Aufstand stattfinden wird, ist äußerst schwierig, da viele verschiedene sozioökonomische Faktoren eine Rolle spielen. Der stärkste Indikator für künftige Instabilität ist Untersuchungen zufolge Instabilität in der Vergangenheit. Das Risiko von Unruhen ist viermal größer, wenn ein Land innerhalb der letzten sechs Monate soziale Unruhen erlebt hat. Darüber hinaus scheinen Unruhen für Übertragungseffekte anfällig zu sein. Ökonometrische Analysen zeigen, dass sich das Risiko von Tumulten verdoppelt, wenn es in einem Nachbarland kurz zuvor zu Aufständen gekommen ist.

Da die Inflation nach wie vor ansteigt, Unruhen quer durch Lateinamerika auftreten und die Ursachen der Unruhen nicht angegangen werden, ist die Wahrscheinlichkeit weiterer Tumulte in dieser Region wie auch in der übrigen Welt hoch. Die noch laufenden Präsidentschaftswahlen in Brasilien könnten das Land zum nächsten Krisenherd Südamerikas machen, insb. falls der amtierende Präsident Jair Bolsonaro in der Stichwahl knapp verlieren sollte. ◄

*Ausführliche Länderberichte finden Sie auf der Seite [www.credendo.com](http://www.credendo.com)*

# „Brasilien hat den am stärksten diversifizierten Industriepark in Südamerika“

Coface-Volkswirtin Patricia Krause spricht im Interview mit dem „ExportManager“ über Lateinamerika als wichtigen Lieferanten von Rohstoffen für die EU, den stark gestiegenen Handel mit China und das Land, das auf dem südamerikanischen Kontinent am meisten von der Umstellung der Lieferketten profitieren könnte.

***Patricia Krause***
*Volkswirtin für Lateinamerika, Coface*

*patricia.krause@coface.com*
*www.coface.de*

*Frau Krause, die Europäische Union würde gerne wieder mehr Einfluss in Lateinamerika gewinnen. Spanien, das in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres den Vorsitz im EU-Rat übernimmt, könnte hier eine entscheidende Rolle spielen. Was sind die Hintergründe für dieses Vorhaben der EU?*

**Patricia Krause:** Eigentlich war die Zusammenarbeit zwischen der EU und den lateinamerikanischen Staaten in der Vergangenheit tatsächlich enger. Zur Erinnerung: 2019 wurde nach 20-jähriger Verhandlungsdauer ein Handelsabkommen zwischen der EU und der Binnenmarkt-Organisation Mercosur geschlossen, der Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehören. Umweltbedenken in vielen europäischen Staaten haben das Abkommen zum Stillstand gebracht, noch bevor es von den Gesetzgebern der EU-Mitgliedstaaten genehmigt wurde. Die derzeitige schwierige globale Lage, einschließlich der wirtschaftlichen Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine, könnte nun wieder eine Annäherung zwischen der EU und Lateinamerika begünstigen. Denn die Region ist ein wichtiger Produzent von Rohstoffen, einschließlich Energie und Lebensmittel. Dieser Umstand könnte auch die Gespräche mit dem Mercosur-Block wiederbeleben.

*Die europäischen Länder, insb. Deutschland, haben in den letzten Jahren Marktanteile in Südamerika verloren, China und andere Staaten haben gewonnen. Woran liegt das?*

In den vergangenen Jahren hat sich tatsächlich die Position insb. Chinas verändert. China ist deutlich gewachsen, während die EU praktisch stagnierte. Daher hat der Handel zwischen Lateinamerika und der Volksrepublik stark zugelegt, wobei der Zuwachs Chinas auf Kosten anderer Märkte stattgefunden hat. Die noch immer hohen Wachstumszahlen der chinesischen Wirtschaft generieren einen starken Nachfrageanstieg nach Rohstoffen aus Lateinamerika. Auf der Importseite werden wiederum mittlerweile mehr chinesische Industriegüter wie Elektronik, Maschinen und Automobilzubehör nachgefragt.

*Auf der anderen Seite haben viele europäische Hersteller nach wie vor große produzierende Niederlassungen auf dem Kontinent, v.a. in Brasilien, etwa in São Paulo. Wie ist die Entwicklung hier?*

Natürlich spielt Europa noch immer eine wichtige Rolle, auch weil in Lateinamerika und der Karibik einige Überseeterritorien Europas liegen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass laut der aktuellen konsolidierten Daten für 2020 die Niederlande mit einem Anteil von 15% das Land mit dem größten Gesamtbestand an ausländischen Direktinvestitionen in Latein-

©Kiba Yebra/Shutterstock

**Chile ringt um eine neue Verfassung, nach dem Scheitern des Referendums braucht es einen neuen Anlauf.**

amerika sind. Den zweiten Platz belegen die Vereinigten Staaten mit 12% und Spanien mit 9%. Dabei haben die Niederlande ihre Position ausgebaut. Im Vergleich zum Jahr 2016 lag der Anstieg bei 133%, während die USA ihr Engagement um 4% verringert haben und Spanien es wiederum um 4% erhöht hat. Im Falle Deutschlands beliefen sich die Investitionsbestände 2020 auf 42 Mrd USD gegenüber 10 Mrd USD im Jahr 2016, womit es 2020 der fünftgrößte Investor in der Region war und 2% der Direktinvestitionsbestände verantwortete.

*Die ausländischen Direktinvestitionen in dieser Region sind also nach wie vor auf einem hohen Niveau. Welche Regionen und Branchen sind denn dabei am begehrtesten?*

Nach den Daten der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD für das Jahr 2021 waren die beiden größten Volkswirtschaften Lateinamerikas, Brasilien und Mexiko, die Hauptempfänger von ausländischen Direktinvestitionen in der Region. Insgesamt erhielt Lateinamerika 134 Mrd USD an ausländischen Direktinvestitionen, von denen 37% nach Brasilien und 24% nach Mexiko flossen. Dies ist natürlich auch der starken Wirtschaftskraft beider Länder geschuldet. Was die Branchen betrifft, so profitierten in Brasilien v.a. die Agrarindustrie, die Automobilbranche sowie die Bereiche Elektronik, Informationstechnologie und Finanzdienstleistungen. Im Falle Mexikos verzeichnete die IT-Branche den größten Zuwachs.

***„Als wichtige Rohstoffproduktionsregion profitieren viele Länder von den weiterhin hohen Rohstoffpreisen. Dies begünstigt die in diesen Branchen tätigen Unternehmen, die Exporte und die Staatseinnahmen. Allerdings stehen die Länder auch vor der Herausforderung eines starken Inflationsanstiegs, der die Kaufkraft der Bevölkerung untergräbt."***

*Was sind die größten Vor- und Nachteile der Volkswirtschaften in Lateinamerika in diesen volatilen Zeiten?*

Als wichtige Rohstoffproduktionsregion profitieren viele Länder von den weiterhin hohen Rohstoffpreisen. Dies begünstigt die in diesen Branchen tätigen Unternehmen, die Exporte und die Staatseinnahmen. Allerdings stehen die Länder auch vor der Herausforderung eines starken Inflationsanstiegs, der die Kaufkraft der Bevölkerung untergräbt. Das ist ein besonders heikles Thema in einer Region mit Ländern mit relativ niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, wo Lebensmittel für Familien einen großen Teil ihres Konsumwarenkorbes abbilden. Ein weiterer Nebeneffekt der derzeitigen Situation ist, dass die Zentralbanken ihre Leitzinsen besonders stark anheben müssen, was sich negativ auf die Investitionstätigkeit auswirkt.

*Welche Länder in Lateinamerika könnten am meisten von den Veränderungen in den Lieferketten profitieren?*

Die globalen Lieferketten waren ja in den vergangenen zweieinhalb Jahren immer wieder unterbrochen. Wenn man also stattdessen eher lokal in der Region produzieren möchte, dann würde von dieser Entwicklung Mexiko am meisten profitieren. Aufgrund seiner Nähe zu den Vereinigten Staaten, des Handelsabkommens USMCA mit den USA und Kanada, früher NAFTA, und seiner breit gefächerten Fertigungsindustrie hat es sowohl die Kapazitäten als auch die Infrastruktur, um als Produzent für Lateinamerika aufzutreten. Auch Brasilien könnte bei der Versorgung des lateinamerikanischen Marktes an Bedeutung gewinnen, da es den am stärksten diversifizierten Industriepark unter den Ländern im südlichen Teil des Kontinents hat.

*Chile ist eines der erfolgreichsten Länder in der Region. Vor Kurzem haben die Bürger mit großer Mehrheit eine neue Verfassung abgelehnt. Wie konnte es dazu kommen?*

Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 86% lehnten in dem Anfang September abgehaltenen Referendum 62% der Wähler den neuen Verfassungsentwurf ab. Dabei hatten im Oktober 2020, als Reaktion auf die weitverbreiteten Proteste gegen soziale Ungerechtigkeit, noch fast 80% der Chilenen für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung gestimmt. Die Wahlen im Mai 2021, bei denen die 155 Mitglieder des Verfassungskonvents gewählt wurden, verzeichneten jedoch aufgrund der Pandemie eine Wahlbeteiligung von nur 43%. Die Zusammensetzung des Konvents entsprach daher nicht unbedingt den Präferenzen der Mehrheit der Bevölkerung, denn mehr als zwei Drittel der Gewählten gehörten nicht den etablierten politischen Parteien an. Insgesamt war der progressive Entwurf nicht konsensfähig, da er eine weitgehende Abkehr vom derzeitigen Wirtschaftsmodell des Landes bedeutet hätte. Da die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor eine neue Verfassung wünscht, ist das Ergebnis des Referendums also noch nicht das Ende der Fahnenstange.

*Wie geht es in Chile jetzt weiter?*

Man berät derzeit über das weitere Vorgehen. Wahrscheinlich ist, dass an einem neuen Verfassungsentwurf gearbeitet wird, der moderater ausfällt und damit einen breiteren Zuspruch in der Bevölkerung hat. Bis dieser Kompromissentwurf steht, hat sich das politische Risiko jedoch erhöht. Schließlich hat die ganze Bewegung zur Entwicklung einer neuen Verfassung damit begonnen, dass die Preise für U-Bahn-Tickets in Santiago de Chile angehoben wurden. Dies unterstreicht die Fragilität der politischen „Ruhephase" in Chile.

*Zuletzt kam es in Haiti und Panama zu schweren Unruhen und Protesten auf den Straßen. Was sind die Gründe dafür?*

Haiti befindet sich seit geraumer Zeit in einer sehr heiklen sozialen und wirtschaftlichen Lage, die von zivilen Unruhen und chronischer Bandengewalt geprägt ist. Letztere hat seit der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Juli 2021 sogar noch zugenommen. Die jüngsten Proteste im ganzen Land brachen nach dem 11. September aus, als Premierminister Ariel Henry eine Erhöhung der Kraftstoffpreise ankündigte. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als das Land mit einer hohen Inflation von über 30% gegenüber dem Vorjahr konfrontiert war. Die Proteste haben zu Gewalt und Plünderungen von Lagerhäusern des Welternährungsprogramms WFP geführt. Nach Angaben eines WFP-Mitarbeiters ging dabei im Laufe einer Woche ein Drittel der Nahrungsmittelvorräte verloren. Außerdem blockieren Banden das wichtigste Treibstoffterminal des Landes und drohen damit, die Schließung von Krankenhäusern zu erzwingen, da diese auf Dieselgeneratoren zur Stromversorgung angewiesen sind.

*Wie ist die Lage in Panama?*

In Panama zwangen Demonstranten, die im Juli dieses Jahres Autobahnen und Häfen blockierten, die Regierung, die Preise für 72 Produkte des täglichen Bedarfs einzufrieren. Durch Straßenblockaden forderten die Demonstranten die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den raschen Anstieg der Lebenshaltungskosten einzudämmen. Insgesamt zeigen die genannten Proteste, wie stark sich die hohe Inflation, v.a. bei Energie und Lebensmitteln, auf das Einkommen der Bevölkerung auswirkt, gerade in einer Region mit einem niedrigen BIP pro Kopf.

*Wie steht es um die drohenden neuen Kapitalverkehrskontrollen in Argentinien?*

Argentinien verfügt nur über sehr begrenzte internationale Reserven und hat sich bemüht, diese zu erhöhen, wie mit dem Internationalen Währungsfonds im Rahmen der erweiterten Fondsfazilität vereinbart. Obwohl die auch global hohen Agrarpreise die Exporte des Landes in Umfang und Gesamtwert begünstigen, steigen gleichzeitig auch die Importe weiterhin auf breiter Basis. Das liegt weniger am Volumen der Einfuhren, sondern an den hohen Energiepreisen, die den Gesamtwert der Importe erhöhen. Dies führt zu einem Handelsbilanzüberschuss, der geringer ausfällt als erhofft. Darüber hinaus hat sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz aufgrund steigender Logistikkosten und Nettoabflüsse aus dem Tourismus ausgeweitet. Infolgedessen hat die Zentralbank die Regeln für den Zugang zum Devisenmarkt für Importeure schrittweise verschärft. Dies ist eine Maßnahme, die der Industrie tendenziell schadet und zu Produktknappheit und Preissteigerungen führt.

*Die Fragen stellte Jörg Rieger.*

Anzeige

**Webinar: 1. Dez. 2022, 15 – 16 Uhr**
**Amerikanische Mitarbeiter – Garanten des Exporterfolgs**
https://exportmanager-online.de/events/foren/amerikanische-mitarbeiter-garanten-des-exporterfolgs/

**Die USA sind ein Kernmarkt für den deutschen Mittelstand.**

**Ideale Ausgangsbasis für Ihren Erfolg:**
- Hohe Margen
- Enorme Wachstumspotentiale
- Kalkulierbare Energie- & Produktionskosten
- Hohes Ansehen von „Made in Germany“

**TH Bender unterstützt die Umsetzung:**
- vom Auf- und Ausbau Ihres Teams,
- über Nachfolgeplanung,
- bis zur Verjüngung der Mannschaft.

Die Vermittlung mittelstandsaffiner Führungskräfte ist seit 16 Jahren unsere Kernkompetenz.

***TH Bender. Die USA-Zukunftsgestalter für deutsche Mittelständler. Rekrutieren. Führen. Wachsen.***

www.thbender.com/de

*Was haben 9 von 10 Firmen in den USA gemeinsam?*

2022

93% *erwarten starkes/ sehr starkes Umsatzwachstum*

88% *erwarten steigenden Gewinn*

78% *planen Erhöhung ihrer US-Investitionen*

Quelle: German American Business Outlook 2021

TH BENDER | EXECUTIVE SEARCH. INTERIM MANAGEMENT. INTERNATIONAL. IN AMERICA.

# Bolivien und Ecuador werden immer grüner

Das Lateinamerika-Team von Oddo BHF wirft einen Blick in zwei interessante Andenländer, die Nachhaltigkeit sogar in ihrer Verfassung verankert haben.

***Ingo Tuchnitz***
*Senior Regional Manager, ODDO BHF*

*ingo-dieter.tuchnitz@oddo-bhf.com*

***Bernd Ripp***
*Senior Regional Manager, ODDO BHF*

*bernd.ripp@oddo-bhf.com*

***Annemarie Kümpel***
*Senior Sales Associate, ODDO BHF*

*annemarie.kuempel@oddo-bhf.com*
*www.oddo-bhf.com*

Nicht zuletzt dank ihres Reichtums an fossilen Rohstoffreserven haben Bolivien und Ecuador in den vergangenen Jahren einen beachtlichen Wirtschaftsaufschwung verzeichnet, viele Millionen Menschen aus der Armut geholt und auch die Pandemie am Ende gut in den Griff bekommen. Nun stehen die Länder vor der Herausforderung, inmitten einer Zeit globaler Umbrüche und innenpolitischer Spannungsfelder die energie- und wirtschaftspolitischen Weichen für die postfossile Ära richtig zu stellen.

© Manamana/Shutterstock

**In Boliviens Salzwüste Salar de Uyuni werden die größten Lithiumvorkommen auf der Welt vermutet.**

## Ecuador – vom Erdölproduzenten zum Wasserstofflieferanten

Ecuador ist mit einer Fläche von 283.561 km² und einer Bevölkerung von rund 17 Millionen Menschen das kleinste Andenland. Bodenschätze und milliardenschwere Entwicklungs- und Hilfsprogramme machen die Südamerikaner zu einem attraktiven Investitions- und Handelspartner. Die vergleichsweise sehr gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur stellt den Waren- und Personenverkehr im relativ dezentral organisierten Ecuador sicher.

Das Land verfügt über große Bestände natürlicher Ressourcen, darunter auch Erdöl, auf das in den vergangenen Jahren zwischen 14 und 20% des Bruttoinlandsprodukts, ca. die Hälfte der Exporterlöse und rund 20 bis 30% der Staatseinnahmen entfielen. Gleichwohl kann Ecuador noch nicht die gesamte Wertschöpfungskette abdecken und muss weiterhin viele raffinierte Ölprodukte aus dem Ausland importieren. In diesem Zusammenhang ist auch die weite Verbreitung des US-Dollar in der Wirtschaft (Dollarisierung) zu erwähnen, die internationalen Firmen Planungssicherheit an der Währungsfront gibt.

Am 30. September 2020 genehmigte der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Programm in Höhe von 6,5 Mrd USD (Extended Fund Facility). Ziel ist es, Ecuador bei der wirtschaftlichen Bewältigung der Pandemie, der Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Weitere Programme i.H.v. rund 6 Mrd USD werden dem Land von der Development Bank of Latin America, der Inter-American Development Bank (IADB), der Europäischen Investitionsbank (EIB), dem Latin American Reserve Fund (FLAR) sowie der Weltbank zur Verfügung gestellt.

Die neue Regierung, die seit dem 24. Mai 2021 durch den neuen Präsidenten Guillermo Lasso geleitet wird, hat viele neoliberale Reformen angekündigt, hängt bei der Realisierung aber auch von den Stimmen der Opposition ab, die die

Mehrheit im Parlament besitzt. Dadurch kommt es immer wieder zu sehr hitzig geführten Diskussionen.

Um die Abhängigkeit von der Ölindustrie abzubauen und die Wirtschaftsleistung des Landes auf eine breitere Basis zu stellen, werden Reformen und Investitionsprogramme präferiert, die den Privatsektor stärken und die Fiskalsituation des öffentlichen Sektors verbessern. Neben der Gewinnung von Erdöl sollen deshalb der Agrarsektor und der Ausbau erneuerbarer Energien (Stichwort: Wasserstoff) konsequent vorangetrieben werden. Schon heute ist Ecuador der größte Bananenexporteur der Welt; Kaffee, Kakao, Holz, Schnittblumen und Garnelen gehören zu wichtigen Exportprodukten.

## Bolivien – ohne Lithium keine Verkehrswende

Trotz hoher Wachstumsraten in der letzten Dekade zählt Bolivien, das sich im Herzen Südamerikas von den Anden bis ins Amazonasbecken erstreckt, noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt. Mehr als die Hälfte der rund 12 Millionen Einwohner sind Indigenas, also Nachfahren der Urbevölkerung, die größtenteils in ländlichen Regionen leben und dabei jahrhundertealte Traditionen fortführen. Politisch ist das Land tief gespalten, hat aber nach dem Regierungswechsel 2020 wieder ruhigeres Fahrwasser erreicht. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten bewegen sich aber mangels einer wirtschaftspolitischen Agenda, die private und ausländische Investitionen ermöglicht, nur im Bereich von 2,5 bis 3,5% pro Jahr.

Bolivien verfügt über so große Rohstoffvorkommen, dass es in den vergangenen 30 Jahren ein Netto-Energieexporteur mit hoher positiver Energieexportbilanz war. Bis zu einem Drittel der Staatseinnahmen wurden aus dem Export fossiler Rohstoffe an die Nachbarstaaten generiert. Aktuell geraten jedoch die erschlossenen Mega-Gasfelder an ihre Grenzen, sodass Bolivien im April 2022 erstmals wieder Netto-Energieimporteur geworden ist. Gleichzeitig ist die Regierung dabei, die Karten in der Energiefrage neu zu mischen, und möchte bis 2025 diverse alternative Energiequellen entwickeln, um die Energieerzeugung zu diversifizieren. Es besteht noch erhebliches Potenzial für Fotovoltaik, Windkraft und Geothermie, das bisher kaum ausgeschöpft wurde. Das Andenhochland soll weltweit zu den besten Standorten für Solarenergie zählen.

Zukünftiger Treiber für Industrialisierung und Wirtschaftswachstum des Binnenlandes sollen die größten Lithium-Reserven der Welt in der 10.000 $km^2$ großen Salzwüste Salar de Uyuni auf dem Dach der Anden werden. Als Schlüsselelement für den wachsenden Markt der Elektromobilität wird das leichteste aller Metalle auch in den kommenden Jahren weiterhin eine explodierende Nachfrage auf den Weltmärkten erleben und weltweit große Investitionsprojekte zur kommerziellen Förderung anstoßen. Zwischen 2012 und 2021 hat sich der jährliche Durchschnittspreis pro Tonne bereits um 306% erhöht (auf über 20.000 USD), da immer mehr Staaten sich ambitionierte Ziele setzen, die klassischen Verbrennungsmotoren von ihren Straßen verschwinden zu lassen und durch Elektroautos zu ersetzen. Auch der Bedarf an mobilen und stationären Stromspeichern wächst rasant.

Während die Rohstoffbooms der vergangenen Jahrzehnte wenig zu Boliviens Entwicklung beigetragen haben, hat die Regierung von Präsident Luis Arce die historische Gelegenheit erkannt, nicht mehr nur Rohstofflieferant für die Welt zu sein, sondern die Wertschöpfungskette im eigenen Land zu halten und zum Wohle der Bolivianer zu nutzen. Vor Kurzem wurden ein Forschungszentrum sowie eine erste Produktionsanlage für Lithiumbatterien eingeweiht. Es wäre eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte, wenn es der Regierung gelänge, trotz der politischen Vielschichtigkeit die richtigen Weichen zu stellen und den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern.

Wenngleich Lithium in Form von Batterien für Elektroautos oder Stromspeichern letztlich der Einsparung von Emissionen und dem globalen Kampf gegen den Klimawandel dienen soll, nimmt Bolivien seinerseits schwere ökologische Konsequenzen in Kauf. Das Schmelzen der Andengletscher, die seit Jahrtausenden die wichtigste Wasserressource in der Region darstellen, ist schon jetzt alarmierend. Deshalb sind der enorme Wasserverbrauch bei der Förderung von Lithium und mögliche Auswirkungen auf das Grundwasser gewichtige Kritikpunkte, die erhebliches Konfliktpotenzial mit der indigenen Bevölkerung rund um den Salzsee bergen. Deren Lebensgrundlage besteht größtenteils in Landwirtschaft und Viehzucht und hängt somit direkt mit den Wasserreserven zusammen.

Um fragile Ökosysteme wie den Salar de Uyuni zu schützen, sind revolutionäre technologische Lösungen gefragt, die Bodenschätze wie Lithium so umweltschonend wie möglich und idealerweise klimaneutral gewinnen. In Deutschland gibt es hierfür schon erste Testprojekte. Zudem ist der Aufbau eines Kreislaufsystems essenziell, in welchem die in der Produktion verwendeten Rohstoffe am Ende des Lebenszyklus rückgewonnen und wiederverwendet werden können.

Oddo BHF verfügt nicht nur in den Andenländern, sondern in zahlreichen Staaten Mittel- und Südamerikas über etliche Kooperationspartner im Bankensektor, Vor-Ort-Erfahrung, Zugänge zu laufenden Projekten sowie gute Beziehungen zu Auslandshandelskammern. Damit bietet die deutsch-französische Privatbank kompetente Unterstützung für Investoren und exportorientierte Unternehmen, die Chancen und Risiken auf dem Kontinent sondieren möchten. ◄

# Exporterfolge nach der Zeitenwende

Der Krieg in der Ukraine mischt die internationalen Handelsströme gehörig durch. Auch die Beziehungen zu China haben sich abgekühlt. Doch es gibt vor dem Winterhalbjahr auch Hoffnungsschimmer für Exporteure, wenn sie ihre Gestaltungskraft nutzen. Um neue Lieferketten, geänderte Exportkontrolle, digitale Lösungen und vieles mehr geht es beim diesjährigen „Tag der Exportweltmeister" am 20. Oktober in Frankfurt am Main.

***Jörg Rieger***
*Redaktion ExportManager*

*redaktion@exportmanager-online.de*
*www.exportmanager-online.de*

Den Auftakt bildet die Keynote von Andreas Jahn. Er ist Mitglied der Bundesgeschäftsleitung des Bundesverbands Mittelständische Wirtschaft (BVMW) sowie Generalsekretär der Mittelstandsallianz Afrika. Jahn thematisiert die aktuellen Herausforderungen der Unternehmen. Danach nimmt Hauke Burkhardt, Head of Trade Finance & Lending DACH und Global Co-Head of Lending bei der Deutschen Bank, die Exporterfolge nach der Zeitenwende in den Fokus. Darum soll es auch bei der anschließenden Panelrunde gehen, zu der sich außerdem DIHK-Außenwirtschaftschef Dr. Volker Treier, Angela Mans (Verband der Automobilindustrie) und Thomas Brommer (Ziehl-Abegg SE) gesellen. Es folgen Themenforen zu digitalen Plattformlösungen in der Logistik und Finanzierungsoptionen für international ausgerichtete Unternehmen.

Am Nachmittag referiert BAFA-Abteilungspräsident Georg Pietsch über die Verfahrensseite der Ausfuhrkontrolle und geht dabei sicher auch auf aktuelle Fragestellungen ein, etwa rund um die EU-Russland-Sanktionspakete. Während Uwe Erbs von der Santander Consumer Bank auf einem weiteren Themenforum die Märkte in Lateinamerika ins Visier nimmt, widmet sich Dirk Hagemann, Geschäftsführer von Hagemann Trade Compliance Consulting, der Compliance im Spannungsfeld zwischen Umsatz- und Sicherheitsinteressen. Dabei soll auch thematisiert werden, wie man Einkaufs- und Vertriebsprozesse im Hinblick auf Richtlinien eines ICP (Internal Compliance Program) standardisiert und im Betriebsablauf implementiert. Dargestellt werden zudem typische Defizite in der Trade-Compliance-Praxis sowie deren Identifikation und Behebung.

In einer weiteren Themenforumsrunde gibt Norbert Wölbl, Managementberater und Partner der Liebich & Partner AG, Antworten auf die wichtigsten Schlüsselfragen internationaler Wachstumsstrategien. Das Credo heißt hier: objektive Vergleichbarkeit von Attraktivität statt dogmatischer, intuitiver Entscheidungskulturen. In einem parallel stattfindenden Forum behandeln Ulf Schneider und Dr. Thomas Mundry von der Schneider Group die Umstrukturierung des Russland-Geschäfts sowie neue Chancen in Kasachstan und Usbekistan.

Den offiziellen Abschluss des „Tags der Exportweltmeister" bildet in diesem Jahr eine Podiumsdiskussion zum Thema „Abkehr vom Exportmarkt China – ein Wunschtraum". Mit dabei in dieser Runde sind In Sook Yoo, Head of Global Business Development beim mainfränkischen Isolationsspezialisten va-Q-tec, VDA-Abteilungsleiter Dr. Manuel Kallweit sowie der weit gereiste Fußballtrainer und China-Experte Klaus Schlappner. Das Event im Deutsche Bank Park wird von Martin Brückner (Herausgeber „ExportManager") und Anne-Catherine Beck (u.a. ARD-Finanzredaktion) moderiert und von einer Ausstellung der Partner begleitet. Es wird auch viele Möglichkeiten zum Netzwerken geben. Alle weiteren Informationen und das Anmeldeformular finden Sie unter www.tag-der-exportweltmeister.de.

©uslatar/Shutterstock

**Auch in diesem Jahr findet der „Tag der Exportweltmeister" im Inneren des Deutsche Bank Parks statt.**

# Expansion nach Lateinamerika?

Uwe Erbs von der Santander Consumer Bank geht in nächster Zeit von weiter steigenden Preisen und Lieferengpässen aus, zumal sich China unabhängiger vom Westen machen dürfte. Eine Verlagerung der Einkäufe nach Europa oder auch ein Markteintritt in Lateinamerika seien für hiesige Unternehmen durchaus interessante Alternativen.

***Uwe Erbs***
*Head of Treasury Solutions Germany,*
*Santander Consumer Bank AG*

*uwe.erbs@santander.de*
*www.santander.de*

*Herr Erbs, welche Hürden sind derzeit die größten für deutsche Unternehmen?*

**Uwe Erbs:** Die Entwicklung der Energiepreise, die damit einhergehende steigende Inflation sowie die Lieferengpässe in einigen Bereichen werden wohl eine der größten dauerhaften Herausforderungen der näheren Zukunft bleiben. Hinzu kommen die steigenden Finanzierungskosten, die durch die Zinsentwicklung auf der gesamten Zinsstrukturkurve die Wirtschaft weiter beschäftigen werden.

*Wie können hiesige Unternehmen auch in dieser Zeit voll großer Herausforderungen Exporterfolge verwirklichen?*

Die aktuelle Euro-Schwäche sollte für Exporteure, die den Nicht-Euro-Raum abdecken, von Vorteil sein. Hinsichtlich des Euro-Raums bleibt der einzige Vorteil, dass die Finanzierung in Deutschland im europäischen Vergleich noch relativ gering ist.

© Christian Vinces/Shutterstock

**Peru und seine Hauptstadt Lima können auch für europäische Unternehmen ein attraktiver Standort sein.**

*Welchen Kurs sollte die deutsche Wirtschaft hinsichtlich China einschlagen?*

Meiner persönlichen Einschätzung nach wird China versuchen, sich wesentlich unabhängiger von ausländischen Märkten zu entwickeln. Die deutsche Wirtschaft sollte sich als Reaktion darauf so weit wie möglich vom chinesischen Markt abkoppeln. Experten zufolge sieht sich die chinesische Regierung sehr genau an, welche Auswirkungen die Sanktionen gegen Russland haben, und wird versuchen, sich von den Folgen eventueller Sanktionen unabhängig zu machen.

*Wie können Unternehmen Lieferengpässen vorbeugen?*

Das hängt wesentlich von den Produkten ab, die nicht verfügbar sind. Eine Verlagerung der Einkäufe in Richtung Westeuropa kann helfen. Wer aber weite Wege im Einkauf hat, der wird schwerlich Alternativen finden.

*Welche Emerging Markets sind besonders vielversprechend?*

Einige Staaten Lateinamerikas sehen vielversprechend aus. Wenn man sich gut auf einen Markteintritt vorbereitet, können Brasilien, Chile, Mexiko und Peru durchaus als Zielmärkte interessant sein. Wichtig ist aber in diesem Zusammenhang

eine gute Vorarbeit hinsichtlich Zahlungsmodalitäten, Bürokratie und Steuern.

*Wie kann Deutschland seine starke Exportsituation auch in Zukunft beibehalten?*

„Made in Germany" ist immer noch ein wichtiger Erfolgsfaktor. Service und After-sales sind in diesem Zusammenhang wichtige Kriterien.

***„Einige Staaten Lateinamerikas sehen vielversprechend aus. Wenn man sich gut auf einen Markteintritt vorbereitet, können Brasilien, Chile, Mexiko und Peru durchaus als Zielmärkte interessant sein. Wichtig ist aber in diesem Zusammenhang eine gute Vorarbeit hinsichtlich Zahlungsmodalitäten, Bürokratie und Steuern."***

*Welche Strategien und Maßnahmen schlagen Sie vor, um Außenhandelsgeschäfte auch in dieser schwierigen Zeit abzuwickeln, abzusichern und zu finanzieren?*

Das bestätigte Akkreditiv ist in diesem Zusammenhang immer noch ein wichtiges Instrument. Es erscheint zwar im ersten Augenblick als veraltet und teuer, aber im Falle eines Defaults wird die Zahlung durch die Bank des Importeurs garantiert und erfolgt bei Fälligkeit des Akkreditivs und zwar zu 100%. Bei einem Kreditversicherer dauert die Zahlung länger und beträgt i.d.R. nicht 100%. Im Nicht-Euro-Raum sollte man die Fakturierung, wenn möglich, auf die lokale Währung des Importeurs ausstellen. Diese Flexibilität wird von Importeuren sehr geschätzt und als Wettbewerbsvorteil eingestuft. Vorher sollte man aber mit dem Berater seiner Bank ausloten, welche Absicherungsmöglichkeiten bestehen und ermitteln, ob sich die Kalkulation unter Berücksichtigung von Kurssicherungskosten noch rechnet.

*Wie beeinträchtigen Sie die derzeit ausufernden Energiepreise?*

Als Vertreter eines Kreditinstituts ist man nur mittelbar betroffen. Auch hier kann ich nur die Empfehlung aussprechen, sich mit dem Kundenberater über Sicherungsmöglichkeiten zu unterhalten. Vielleicht kann man nicht in jedem Fall mit einem Sicherungsprodukt des Kreditinstituts aushelfen, aber man erhält zumindest Hinweise und Ideen, ob und wie man sich vor Schwankungen des Rohstoffs absichern kann. Um aber ehrlich zu sein: Nicht in jedem Fall kann man sich – wegen hoher Korrelation zu anderen Rohstoffen – direkt oder indirekt absichern.

*Uwe Erbs wird auf dem Themenforum II am „Tag der Exportweltmeister" über Märkte in Lateinamerika referieren.*

Anzeige

# Brasilien vor der Stichwahl: Chance oder Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung?

Im Wahljahr 2022 stellen die Brasilianer die Weichen für die kommenden Jahre. Dies hängt nicht nur von der Stichwahl um das Präsidentenamt ab: Am 2. Oktober hat Brasilien auch ein neues Parlament und Gouverneure der Einzelstaaten gewählt.

***Cristian Oppen***
*Chief Representative,*
*LBBW Repräsentanz São Paulo*

*cristian.oppen@lbbw.com*
*www.lbbw.com*

***Maytê Anjos***
*Commercial Director,*
*LBBW Repräsentanz São Paulo*

*mayte.anjos@lbbw.com*
*www.lbbw.com*

Brasilien ist Deutschlands wichtigster Handelspartner in Südamerika. Im Jahr 2021 exportierten deutsche Unternehmen Waren im Wert von rund 10 Mrd Euro nach Brasilien, darunter v.a. chemische Erzeugnisse, Maschinen und Autos. Doch die politische Unsicherheit im Land lähmt Strukturreformen und verschreckt ausländische Investoren: Das Wahljahr 2022 war geprägt von polarisierenden Präsidentschaftskandidaten, allen voran der bisherige Präsident Jair Bolsonaro und Herausforderer Luiz Lula da Silva, der bereits von 2003 bis Ende 2010 als Präsident regierte.

Mit der Wahl sollte eigentlich endlich Ruhe einkehren und sich die Stimmung der Investoren wieder heben. Doch bis sich Brasilien wieder in ruhigem Fahrwasser befindet, dürfte es noch einige Zeit dauern. Die Brasilianer haben zwar Anfang Oktober gewählt; wer die Geschicke des fünftgrößten Landes der Welt aber künftig lenkt, steht noch nicht fest. Ende Oktober geht es in die finale Wahlrunde. Für das Parlament steht allerdings jetzt schon fest: Hier werden auch künftig viele Bolsonaro-Anhänger sitzen. Sollte Lula also die Stichwahl für sich entscheiden, dürfte ihn Bolsonaros Partei nicht so leicht gewähren lassen.

Bolsonaro hat viel verbrannte Erde hinterlassen und v.a. durch misslungenes Pandemiemanagement, eine kontroverse Haltung zu Klima- und Menschenrechtsfragen sowie eine enorm konservative Politik die Nachrichten bestimmt. Sollte Bolsonaro wiedergewählt werden, muss er seine Rhetorik ändern, damit ausländische Investoren die Attraktivität Brasiliens wiederentdecken. Doch auch Kontrahent Lula ist für Investoren nicht die erste Wahl: Er gilt vielen als zu links, v.a. den Brasilianern selbst. Insb. Unternehmer fürchten, dass eine Regierung unter Lula der progressiven Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre ein Ende bereiten könnte.

## Positive Wirtschaftsentwicklung durch Rohstoffe und Reformen

Trotz politischer Unwägbarkeiten kann sich Brasiliens Wirtschaftsentwicklung sehen lassen. Das Land ist stabil und hat die Folgen der Corona-Pandemie überwunden. Das Bruttoinlandsprodukt legte im vergangenen Jahr um 4,6% zu. Die Arbeitslosigkeit lag laut dem brasilianischen Institut für Statistik IBGE mit 8,9% Ende August dieses Jahres nahezu historisch niedrig.

Zudem reagierte Brasiliens Zentralbank beherzt auf die Teuerung und erhöhte den Leitzins, den sog. Selic-Satz, wesentlich früher als die Zentralbanken in Europa und den USA. Dieser stieg von 2% im März 2021 auf mittlerweile 13,75% an. Damit stabilisiert die Zentralbank die Währung Real, die Inflation sinkt so voraussichtlich unter 6% zum Jahresende. Gleichzeitig

© casa.da.photo/Shutterstock

**Ob Bolsonaro oder Herausforderer Lula neuer Präsident wird, hat auch Auswirkungen auf die Wirtschaft.**

liberalisiert Brasilien seinen Finanzmarkt. Bislang dominierte die brasilianische Entwicklungsbank BNDES, da der Staat ihre Refinanzierung subventionierte. Doch seit sich die Bank nicht mehr über einen subventionierten Zinssatz mit frischem Geld versorgen kann, ist das De-facto-Monopol Geschichte. Das schafft Wettbewerb unter den Finanzinstituten und kommt dem für Investoren ohnehin schon attraktiven Markt zugute.

Auch die infolge des Ukraine-Kriegs gestiegenen Rohstoffpreise spielen Brasilien in die Karten. Die Agrarwirtschaft boomt, rund 30% des Agrarlandes liegen noch brach und bieten Potenzial für weiteres Wachstum. Auf brasilianischem Territorium existieren außerdem gewaltige Öl- und Erdgasreserven – so viel, dass Brasilien seit dem Jahr 2017 Erdöl exportiert.

## Spitzenreiter bei Erneuerbaren

Gleichzeitig ist Brasilien weltweiter Spitzenreiter bei der grünen Energieerzeugung, bereits heute kommen 85% aus erneuerbaren Quellen. Große Wasserkraftwerke decken 60% des heimischen Primärenergiebedarfs, weitere 15% der Energieversorgung liefert die Windkraft und 10% kommen aus Solarkraft und Biomasse. Auch die Zukunft gehört der klimafreundlichen Energieproduktion: Brasilien will in den kommenden Jahren v.a. die Solarkraft weiter ausbauen.

Das Land ist zudem Weltmarktführer für Biokraftstoffe: Hybride Fahrzeuge, die Ethanol tanken, sind längst Standard. Im nordöstlichen Bundesstaat Bahia entsteht aktuell das weltweit größte Werk für grünen Wasserstoff, im benachbarten Pernambuco stecken Investoren weitere 500 Mio EUR in grünen Wasserstoff. Die Elektrolyseure liefert übrigens Thyssen-Krupp. Kein Wunder, immerhin ist Brasilien seit mehr als 100 Jahren ein wichtiger Standort für deutsche Unternehmen.

Auch die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) begleitet bereits seit 25 Jahren deutsche Unternehmen in Brasilien. Das fünfköpfige Team mit Sitz in São Paulo, dem Finanzzentrum Brasiliens, finanziert bspw. Exporte unter Deckung verschiedener staatlicher Kreditversicherer, berät rund um den Markteintritt und organisiert Import- und Exportfinanzierungen für deutsche Tochtergesellschaften. Brasilien ist dabei eine Drehscheibe für den südamerikanischen Markt: Die Kollegen aus São Paulo betreuen auch die Nachbarländer Argentinien, Uruguay, Paraguay, Bolivien und Chile.

## Demokratie mit viel Potenzial

Trotz seiner Stärken gibt es für Brasiliens weitere Entwicklung auch den einen oder anderen Hemmschuh. Die hohe Staatsverschuldung, eine aufgeblähte Bürokratie und weitere strukturelle Schwächen bremsen das Wirtschaftswachstum. Im internationalen Vergleich belegte das Land im „Ease of Doing Business Index" der Weltbank im Jahr 2020 nur einen schwachen Rang 124 von 190 Ländern.

Bolsonaros populistisch-rechter Regierungsstil hat dem Ansehen der brasilianischen Demokratie im Ausland erheblich geschadet. Die Staatshilfen und Steuersenkungen, die Bolsonaro mittels einer Verfassungsänderung kurz vor der Wahl im Gießkannenprinzip verteilt hat, beschleunigen zudem den Anstieg der Staatsverschuldung. Die Aussichten für das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2022 und 2023 sind nichtsdestotrotz positiv: Finanzinstitute gehen von einem Wachstum zwischen 2,5 und 3% aus.

Welchen Kurs die neue Regierung einschlägt, hängt nicht nur von der Personalie des Präsidenten ab. Die progressive Entwicklung der Wirtschaftspolitik von Minister Paulo Guedes kann keiner der Kandidaten im Alleingang umkehren, denn so umfassend ist der Handlungsspielraum des brasilianischen Präsidenten nicht. Für weitreichende Entscheidungen benötigt dieser eine Mehrheit im brasilianischen Parlament, das aus 81 Senatoren und 513 Abgeordneten besteht.

Aber schon jetzt steht fest: Die Rolle Brasiliens auf dem Weltmarkt dürfte sich in den kommenden Monaten deutlich ändern. Europa hat mit den Folgen des Ukraine-Kriegs zu kämpfen, braucht grüne Energie und Rohstoffe. Zudem wendet sich die Staatengemeinschaft zunehmend von China ab. Hier könnte die Stunde Lateinamerikas und insb. Brasiliens schlagen: Das wirtschaftliche Potenzial ist immens und noch nicht annähernd ausgeschöpft. Brasilien kann bspw. mehr grüne Rohstoffe mit einem vergleichsweise hohen Umweltstandard liefern als andere Länder.

***„Die Rolle Brasiliens auf dem Weltmarkt dürfte sich in den kommenden Monaten deutlich ändern. Europa hat mit den Folgen des Ukraine-Kriegs zu kämpfen, braucht grüne Energie und Rohstoffe. Zudem wendet sich die Staatengemeinschaft zunehmend von China ab. Hier könnte die Stunde Lateinamerikas und insb. Brasiliens schlagen: Das wirtschaftliche Potenzial ist immens und noch nicht annähernd ausgeschöpft."***

Brasilien hat also viel Potenzial – vorausgesetzt, die neue Regierung macht ihre Hausaufgaben: Das Land braucht nach innen wie nach außen Zeichen eines konstruktiven Regierungskurses, der die Interessen des Landes in den Vordergrund stellt, die Verfassung und das Justizsystem stärkt und Reformen vorantreibt. ◄

# Wie verändert Inflation die Kreditverträge?

Für die Banken ist Inflation Segen und Fluch: Auf der einen Seite sorgen steigende Zinsen und die dadurch höhere Nachfrage nach derivativen Absicherungsprodukten für mehr Ertrag, auf der anderen Seite steigt auch das Ausfallrisiko bei vielen Firmenkunden, die ihre Inflationskosten nicht weiterreichen können. So oder so müssen sich Unternehmen auf teurere Kredite einstellen.

*Philipp Habdank, Autor „results. FinanzWissen für Unternehmen". Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Bank. Den dazugehörigen Link finden Sie HIER*

Corona-Krise, Lieferkettenkrise, Ukraine-Krise, Inflation – und nun steigende Zinsen: Seit nunmehr zweieinhalb Jahren kommt die Weltwirtschaft in kein ruhiges Fahrwasser. Eine Krise jagt die nächste, die Finanzabteilungen von Unternehmen sind im Dauerstress. Galt es in der Corona-Krise v.a., sich Liquidität und Überbrückungshilfen zu sichern, steht nun ein breiteres und strukturelleres Problem vor der Tür: Inflation. 7,9% betrug laut Statistischem Bundesamt die mittlere Teuerungsrate in Deutschland im August. Insb. die Energiepreise schossen im Zuge des Russland-Ukraine-Konflikts in die Höhe. „Anders als die Corona-Krise trifft das Preissteigerungsthema zunächst einmal fast alle Unternehmen", sagt Sandra Heinrich, die das deutsche bilaterale Lending-Strukturierungsgeschäft der Deutschen Bank leitet. Und die inflationsbedingten Lohnpreissteigerungen stehen den Unternehmen erst noch bevor.

© chayanuphol/Shutterstock

**Die hohe Inflation kann auch im Kreditgeschäft die Finanzierung zum Einsturz bringen.**

Je nachdem wie gut oder schlecht Unternehmen die gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise an ihre Kunden weiterreichen können, werden sie kurz- oder mittelfristig margenseitig unter Druck geraten – und das hat Folgen für die Finanzierungskonditionen. „Wenn absehbar ist, dass ein Kunde die Inflationskosten nicht weitergeben kann, können sich seine Bonität und sein Rating verschlechtern und dann kann die Finanzierung teurer werden", sagt Heinrich. Denn Banken müssten risikoadjustiert bepreisen, der Kredit sollte dann teurer werden, sofern keine risikoentlastenden Maßnahmen möglich sind.

Eine breite, inflationsbedingte Rating-Verschlechterung beobachtet die Deutsch-Bankerin bislang noch nicht. „Ratings laufen aber auch oft ein Stück weit hinterher", räumt Heinrich ein – z.B. dort, wo automatisiert auf Bilanzzahlen in den Ratings zurückgegriffen werde. Dass Finanzierungen für Unternehmen wegen der Inflation teurer werden, hat aber noch andere Gründe. Neben der individuellen Bonität sowie der Finanzierungs- und Sicherheitenstruktur hängt der Preis für einen Kredit auch von der Entwicklung der allgemeinen Kapitalmarktzinsen und von den individuellen Refinanzierungskosten der Bank ab.

## Comeback der Zinsen

Zunächst zu den Zinsen: Die für das Kreditgeschäft relevanten Refinanzierungszinsen sind hier v.a. der 3-Monats-Euribor, der 5-Jahres-Swap-Satz und der 10-Jahres-

Swap-Satz. Ein Swap (englisch für „tauschen“) ist ein derivatives Finanzinstrument, bei dem zwei Parteien Zahlungsströme austauschen – die eine bezahlt einen fixen Wert, die andere einen variablen. Swaps werden von Finanzabteilungen gern eingesetzt, um sich gegen Rohstoffpreis-, Währungs-, Zins- oder eben Inflationsrisiken abzusichern.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zuletzt mit zwei Zinserhöhungen auf die Inflation reagiert. „Die Erwartungshaltung im Markt ist aber, dass es zu weiteren Zinsschritten kommen wird“, sagt Moritz Dörnemann, der das Zins- und Währungsgeschäft der Deutschen Bank mit Firmenkunden in der DACH-Region verantwortet. Der Kapitalmarkt nehme diese Entwicklung bereits vorweg, wie an den Zinsanstiegen abzulesen sei.

Der kurzfristige 3-Monats-Euribor, v.a. aber die Preise für 5- und 10-jährige Swaps haben in diesem Jahr schon früher stark zugelegt. Der 5-Jährige ist seit Jahresbeginn um rund 350 Basispunkte auf rund 3,0% gestiegen, gleiches gilt für den 10-Jährigen. Beide könnten künftig noch mehr anziehen. Auch mit weiteren EZB-Zinserhöhungen ist zumindest bis zum kommenden Jahr zu rechnen: Der aktuelle Leitzins liegt nach den beiden Erhöhungen aktuell bei 1,25%. In nächster Zeit dürfte ihn die EZB weiter anheben. „Im historischen Vergleich sind die Zinsen immer noch auf einem relativ günstigen Niveau“, relativiert Heinrich.

Nun zu den Refinanzierungskosten der Banken. Auch sie können den Kredit für Firmenkunden verteuern. Banken, die ihr Neugeschäft jetzt langfristig refinanzieren, tun dies zu deutlich höheren Kosten als noch vor sechs Monaten. „Sie haben einen entsprechend hohen Druck, den Preisanstieg an Unternehmen weiterzugeben“, sagt Frank Gerhold, Gründer des Debt Funds Akquivest.

## Banken haben Zinsweitergabedruck

Für die Banken selbst hat das Inflationsrisiko laut Dörnemann eher nachgelagerte Bedeutung. Zwar steigen auch für die Banken inflationsbedingt die Kosten, bspw. durch steigende Löhne. Banken hätten aber eine durchleitende Funktion und Verbindlichkeiten, die den entsprechenden Krediten gegenüberstünden. Das Risiko, dass heute verliehenes Geld bei der Rückzahlung durch Inflation weniger wert ist, trägt die Refinanzierungsquelle – und das sind im Wesentlichen die Sparer mit ihren Einlagen und die Gläubiger am Kapitalmarkt, bei denen Banken die Liquidität aufnehmen.

Das schlagende Risiko für die Banken ist laut Dörnemann das sog. Gegenparteirisiko. Wenn die inflationsbedingten Kostensteigerungen Firmenkunden so stark zusetzen, dass sich deren Bonität deutlich verschlechtert, steigt für die kreditgebende Bank das Ausfallrisiko des Kunden. Banken haben also ein nicht uneigennütziges Interesse daran, dass ihre Firmenkunden die Herausforderung steigender Zinsen und Inflation meistern.

## Pokern oder absichern?

Der Finanzierungsbedarf der Firmenkunden hat sich im vergangenen halben Jahr verändert. „Wir beobachten, dass Kunden derzeit viel Working-Capital-Finanzierungen, dafür weniger langfristige Finanzierungen nachfragen“, sagt Heinrich. Wegen Corona hätten viele Unternehmen Investitionen in längerfristige Anlagegüter (Capex-Investitionen) aufgeschoben, doch irgendwann müsse man einfach wieder investieren. Heinrichs Tipp: Frühzeitig mit den Finanzierungspartnern über die Struktur sprechen, um auch öffentliche Fördermittel und Zuschüsse nutzen zu können. Um den gestiegenen Working-Capital-Bedarf zu decken, kommen der Bankerin zufolge auch alternative Finanzierungsformen wie Factoring oder Supply Chain Finance zum Einsatz.

Bei langfristigen Finanzierungen stellt sich für die Finanzabteilungen von Unternehmen nun die Frage, wie sie mit dem Risiko steigender Zinsen und der Inflation umgehen: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich abzusichern – z.B. über eine derivative Zinsbindung (Zins-Swap). Der Firmenkunde tauscht beim Swap variable gegen feste Zinsen und kann dadurch seine Zinsmeinung absichern. „Der Preis für die Absicherung hängt am Kapitalmarktzins“, sagt Dörnemann.

Der Banker beobachtet, dass viele Firmenkunden im aktuellen Marktumfeld auch kurz- oder mittelfristige Kredite langfristig absichern. „Ein 5-jähriger Kredit kann theoretisch mit einem 10-jährigen Swap gesichert werden, denn nach fünf Jahren muss der Kredit in der Regel refinanziert werden“, sagt Dörnemann. Firmenkunden könnten sich aber auch über spezielle Inflations-Swaps absichern, der Referenzwert sei hierbei nicht der 3-Monats-Euribor, sondern die europäische Inflationsentwicklung. Laut Dörnemann könnten diese Absicherungsform bspw. für Firmenkunden infrage kommen, deren Mietverträge an die Inflation gekoppelt sind.

Die Alternative zur Swap-Absicherung sind einfache Kredite mit festgeschriebenen Zinsen, deren Zinsfestschreibungszeit verhandelbar ist. Laut Heinrich sind diese Kredite nach zehn Jahren gegen Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung auch vor Ablauf der Zinsbindung rückzahlbar. „Unternehmen, die davon ausgehen, dass die Zinsen in den nächsten Jahren steigen werden, die ihre Finanzierung aber frühzeitig zurückführen möchten – für sie dürfte in der Regel ein mit einem Swap abgesicherter variabler Kredit vorteilhafter sein“, sagt Dörnemann. Die Entscheidung liegt bei den Unternehmen. Ob sie richtig war, wird sich erst rückblickend beurteilen lassen. ◄

# Klimawandel: ein Risiko beispielloser Größe und Komplexität

Während die Welt noch mit den Folgen der Covid-19-Pandemie zu kämpfen hat und zusätzlich auch noch mit einer veritablen Energie- und Preiskrise konfrontiert ist, ist die Klimakatastrophe eklatanter denn je. Über welche Kanäle sie die Lebensgrundlage vieler Menschen rund um den Globus angreift.

Die über der weltweiten Landfläche gemessene bodennahe Lufttemperatur lag im Jahr 2020 um durchschnittlich 1,7 Grad Celsius über dem Mittelwert der Klimanormalperiode 1951–1980. Das war ein neuer Rekord. Der Klimawandel trifft zahlreiche Länder, insb. solche mit geringem Einkommen und niedriger Widerstandsfähigkeit, durch immer stärkere Auswirkungen auf ihre Umwelt und Bevölkerung. Seine Beschleunigung, die von einem unaufhaltsamen Anstieg der Treibhausgasemissionen verschärft wird, bedeutet, dass auch die Schwere und Häufigkeit der Folgen des Klimawandels zunehmen und damit die mittel- bis langfristigen Aussichten aller Länder eintrüben.

Es gibt verschiedenste Formen von Klimarisiken. Die physischen Risiken sind am verheerendsten und bestehen aus extremeren sowie häufiger auftretenden Naturkatastrophen, dem Ansteigen des Meeresspiegels und höheren Durchschnittstemperaturen, die sämtliche Aspekte der natürlichen Ökosysteme und des menschlichen Zusammenlebens beeinflussen, etwa die Wasserversorgung, die Agrarproduktion, die Ernährungssicherheit, die Wirtschaftstätigkeit, die ökonomische Existenzgrundlage der Menschen, die Fischerei (vorrangig durch die Versauerung der Meere) und die Artenvielfalt. Während Klimarisiken momentan vorwiegend in Form von schweren Dürren, Überschwemmungen, Wasserknappheit, Hitzewellen, Waldbränden, Hurrikans und Taifunen in Erscheinung treten, gibt auch die rapide Abnahme der Artenvielfalt Anlass zu großer Sorge, da sie in Ökosystemen und damit für die Menschheit von zentraler, systemischer Bedeutung ist.

© petrmalinak/Shutterstock

**Die grüne Lunge der Erde leidet immer stärker unter den Folgen des menschengemachten Klimawandels.**

Darüber hinaus hat die wissenschaftliche Forschung im Rahmen von Covid-19 auf das hohe Risiko hingewiesen, dass der Klimawandel das Auftreten und die Ausbreitung neuer Pandemien in Zukunft begünstigen wird. Dies könnte indirekt erfolgen – durch extreme Naturkatastrophen, Schäden an Ökosystemen und Migration sowie durch einige Ursachen des Klimawandels wie z.B. Entwaldung, was Menschen und Wildtiere immer enger zusammenbringt.

Credendo erwartet, dass der Klimawandel langfristig in einem immer enger werdenden Zeitrahmen erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die Länderrisiken haben wird. Extreme Naturkatastrophen gefährden die kleinen Inseln in der Karibik und im Pazifik, Dürren bedrohen viele Regionen. Die Folgen sind eine beeinträchtigte Inlandsproduktion sowie

***Frank Simon***
*Account Manager,*
*Credendo*

*f.simon@credendo.com*
*www.credendo.com*

geringere Rohstoff- und Lebensmittelexporte, schwächere öffentliche Finanzen (geringere Staatseinnahmen und höhere Ausgaben zur Finanzierung von Anpassungskosten und durch Naturkatastrophen bedingte Schäden) und steigende Auslandsverschuldung.

## Klimawandel und politische Gewalt

Aber auch nichtökonomische Aspekte beeinflussen die mittel- und langfristigen Länderrisiken. Das Risiko politischer Gewalt wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst, darunter die Verfügbarkeit von Waffen, ethnische und religiöse Spannungen, Ungleichheit bei der Vermögensverteilung, institutionelle Widerstandsfähigkeit und ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber den Behörden. Der Klimawandel hat zunehmend Einfluss auf viele dieser Faktoren. Extreme Wetterereignisse können die wirtschaftliche Existenzgrundlage untergraben (z.B. Zerstörung von Ernten, Maschinen und Häusern, Qualitätsverlust von Weideflächen) sowie Armut und das Wohlstandsgefälle zwischen den Gruppen, die von den extremen Wetterereignissen betroffen sind, und denen, die es nicht sind, verstärken.

Wüstenbildung wird auch regelmäßig mit zunehmender politischer Gewalt in Verbindung gebracht, z.B. in der afrikanischen Sahelzone. In Mali ist es in den letzten Jahrzehnten häufiger zu Dürreperioden gekommen, die das Land mit seinen schwachen politischen Institutionen und religiösen und ethnischen Spannungen stärker belasteten.

Credendo prognostiziert die stärksten Auswirkungen in Ländern mit niedrigem Einkommen, in denen Nahrungsmittel immer noch einen großen Teil des Einkommens der Bevölkerung ausmachen, aber auch in Ländern mit mittlerem Einkommen, v.a. aufgrund der Einkommensungleichheit. Zunehmende Inflation kann ebenfalls zu politischen Unruhen führen und durch den Klimawandel befördert werden. So haben bspw. große Dürren in Süd- und Nordamerika im Jahr 2021 zu stark steigenden Zucker-, Weizen- und Haferpreisen geführt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten waren höhere Lebensmittelpreise eindeutig mit Unruhen verbunden, wie die großen Lebensmittelproteste in Subsahara-Afrika (z.B. Lebensmittelunruhen in einem Dutzend Ländern in den Jahren 2007/08), in Lateinamerika (Tortilla-Proteste 2007 in Mexiko) und im Nahen Osten zeigen.

In vielen einkommensschwachen Ländern mit überwiegend armer Bevölkerung haben soziale Proteste den Druck auf die Regierungen erhöht, manchmal zu politischen Veränderungen geführt und sogar in gewissem Maße – zusammen mit anderen Faktoren – zivile Konflikte geschürt (z.B. im Arabischen Frühling). Geringere Ernteerträge und höhere Preise könnten in weniger widerstandsfähigen, von Nahrungsmittelimporten abhängigen Ländern zu Ernährungsunsicherheit führen und politische Gewalt auslösen.

Künftig erwartet Credendo verstärkte klimabedingte soziale Risiken, die durch Ernährungsunsicherheit und Inflation angeheizt werden, nicht nur in Afrika und dem Nahen Osten, sondern auch in Lateinamerika, wo die bedrohte Landwirtschaft eine wichtige Einkommensquelle darstellt und die Einkommensungleichheit sehr ausgeprägt ist.

Zudem wird der Klimawandel auch zu einer Verknappung von Ressourcen wie Wasser führen. Fast zwei Drittel der Weltbevölkerung leiden schon jetzt unter einem Mangel an Frischwasser. Klimasicherheitsrisiken sind bereits in mehreren Ländern und Regionen zu beobachten, v.a. in Subsahara-Afrika (z.B. Terrorismus in der Sahelzone, Gewalt zwischen Landwirten und Hirten in Nigeria, ethnische Konflikte in Kenia) und im Nahen Osten. Sie manifestieren sich in diesen Regionen aufgrund der armen Bevölkerung, der abnehmenden Bodenfruchtbarkeit und der zunehmenden Wasserknappheit.

Die Geschichte hat schon oft gezeigt, dass der Rückgang der Wasserversorgung der wichtigste Faktor für künftige Konflikte innerhalb eines Landes und zwischen Ländern ist. Die Region des Nahen Ostens (z.B. Irak, Syrien, Jordanien) ist ein Beispiel für ein solches Risiko, da die Wasserversorgung instabiler wird und in vielen Gebieten sogar so weit zurückgehen könnte, dass menschliches Überleben nicht mehr möglich ist. Weitere bekannte Beispiele für Konfliktrisiken sind der anhaltende Streit zwischen Ägypten, dem Sudan und Äthiopien über die Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre, der Anspruch Chinas auf die Gewässer Tibets (was bedeuten würde, dass China die Oberhoheit über die meisten der größten Flüsse Südasiens hätte) und die türkischen Dämme an Tigris und Euphrat, die zu Spannungen mit dem Irak und Syrien führen.

## Meeresspiegel und Migration

Das Risiko von Konflikten und sozialer Instabilität wird auch durch Migrationsströme von historischem Ausmaß verstärkt, die durch den Klimawandel ausgelöst werden. Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht mittelfristig das Leben der Menschen auf den Atollinseln im Pazifik. Außerdem hat die Forschung gezeigt, dass die Menschen seit über tausend Jahren in einer engen Temperaturspanne (11 bis 15 Grad Celsius) leben. Die globale Erwärmung führt daher dazu, dass immer mehr Land und Gebiete für den Menschen fast oder ganz unbewohnbar werden. Daher prognostiziert die Weltbank, dass bis 2050 mindestens 200 Millionen Flüchtlinge zur Migration gezwungen sein werden. Diese massenhaften Bevölkerungsbewegungen werden die Gesellschaften stark belasten und zu enormen sozialen und politischen Spannungen innerhalb der Gesellschaften führen.

Konflikte zwischen Gastgebern und Neuankömmlingen können v.a. dann ausbrechen, wenn die Ressourcen in der Gastregion oder im Gastland knapp sind. Migration in einem Kontext, in dem bereits viele potenzielle Konfliktfaktoren (z.B. hohe Armut, schwache Institutionen) im Aufnahmeland oder in der Region vorhanden sind, kann insb. als Auslöser für politische Gewalt dienen. Am Beispiel Syriens ist dies sehr gut zu beobachten. Zwischen 2006 und 2010 verwandelte eine Dürre fast 60% des Landes in eine Wüste und führte 2009 zum Tod von bis zu 80% des Viehs. Eine Massenabwanderung von Landwirten in die Städte in Verbindung mit der Unfähigkeit der Institutionen, die Migrationsströme zu bewältigen, und bestehenden ethnischen Spannungen waren der Auslöser für den Bürgerkrieg.

## Heftiger geopolitischer Wettbewerb

In Anbetracht des allmählichen Erstarkens der extremen Rechten, der Zunahme von Autokratien und des Populismus in Europa werden die politischen und sozialen Spannungen zunehmen. Credendo prognostiziert, dass klimabedingte Konfliktrisiken auch in Form von geopolitischen Risiken auftreten werden zwischen den Supermächten und mit oder zwischen aufstrebenden Mächten. Was die Energiewende betrifft, so wird der geopolitische Wettbewerb in Zukunft sicherlich heftig sein (z.B. in der Arktis), wahrscheinlich die globale Ordnung neu gestalten und die Volkswirtschaften begünstigen, die wertvolle Rohstoffe produzieren und exportieren.

Aufgrund der Belastung, die er – zusammen mit der demografischen Belastung – für die Ressourcenknappheit mit sich bringen wird, hat der Klimawandel bereits einen Wettlauf um lebenswichtige natürliche Ressourcen wie Fisch und Anbauflächen für Getreide, Reis usw. ausgelöst. China hat sich in diesem Wettlauf um Ernährungssicherheit weit vorn positioniert und auch Russland sowie aufstrebende Mächte wie Indien, die Türkei und Saudi-Arabien sind schon aktiv geworden, v.a. in Afrika.

Es ist bei der Bewertung von Klimarisiken wichtig zu bedenken, dass der Klimawandel alle Länder der Welt betreffen wird – aufgrund geografischer Faktoren und (was ebenso wichtig ist) aufgrund wirtschaftlicher, politischer, sozialer und ethnischer Aspekte, aber ungleichmäßig und auf unterschiedliche Weise. Die Widerstandsfähigkeit von Entwicklungsländern gegenüber Klimakatastrophen ist strukturell eingeschränkt. Auf regionaler Ebene werden Afrika, gefolgt von Asien, dem Nahen Osten und Mittelamerika von uns als die Regionen eingestuft, die am anfälligsten für Klimakatastrophen sind.

Anzeige

# Neue Russland-Sanktionen (5): Was sich im achten Paket ändert

Am 6. Oktober 2022 hat die EU als Antwort auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine weitere Sanktionen gegen Russland beschlossen. Es ist ihr achtes Sanktionspaket. In Fortsetzung unserer vier Beiträge (Ausgabe 2/2022, S. 23 ff., Ausgabe 3/2022, S. 25 ff., Ausgabe 4/2022, S. 17 ff., Ausgabe 6/2022, S. 20 ff.) werden die Auswirkungen dieses EU-Embargos für Exporteure in der EU aufgezeigt.

***PD Dr. Harald Hohmann***
*Rechtsanwalt,*
*Hohmann Rechtsanwälte*

*info@hohmann-rechtsanwaelte.com*
*www.hohmann-rechtsanwaelte.com*

**Ausgangsfall 1:** D in Deutschland möchte Steinkohle mit der Zolltarifnummer (ZTN) 2701 00 an den Kunden R in Russland liefern; außerdem möchte D Ingenieur-Dienstleistungen für R bzgl. früher gelieferter Güter erbringen. R ist nicht gelistet. Was muss D hierbei nach der neuerlichen Runde der Russland-Embargos beachten?

**Ausgangsfall 2:** D in Deutschland möchte R mit nicht gelisteten Gütern beliefern. R selbst ist nicht gelistet, aber die Anteilseigner sind wie folgt: Alisher Usmanov (AU) hält 49%, die natürlichen Personen X und Y halten je 10% und 30% der Anteile; die restlichen 11% halten zwei Steuervermeidungsgesellschaften auf den britischen Jungferninseln. Darf D an R liefern?

## Russland-Paket Nr. 8 vom 06.10.2022

Bezüglich der **Ukraine-VO** 269/2014 gibt es durch die VO 2022/1905 eine geringfügige Änderung (zwei neue Ausnahmen zum Bereitstellungsverbot). Mit der DVO 2022/1906 werden die Listungen um 30 Personen und 7 Organisationen ergänzt, sodass jetzt insgesamt 1.262 (!) Personen und 118 Organisationen gelistet sind. Bei den 30 Personen geht es v.a. um Personen, die Verantwortung in den besetzten Gebieten bzw. für die Durchführung des völkerrechtswidrigen Referendums übernommen haben, um hochrangige Militärangehörige (u.a. einige stellvertretende Verteidigungsminister) und Personen, die für Putins Kriegspropaganda verantwortlich sind. Bei den Organisationen geht es um fünf Rüstungshersteller (OJSC V.A. Degtyarev Plant, MBB Fakel, JSC Irkut Corporation, MMZ Avangard, JSC A.N. Ganichev Scientific und Production Association SPLAV), einen Hersteller von Banknoten etc. (JSC Goznak) und die Zentrale Wahlkommission.

Bzgl. der **Donezk-Luhansk-VO** 2022/253 gibt es durch die VO 2022/1903 kleine Änderungen; v.a. werden die „spezifizierten Gebiete“ und damit der Anwendungsbereich um die zwei weiteren Gebiete Cherson und Saporischschja erweitert.

Bzgl. der **Russland-VO** 833/2014 gibt es wichtige Änderungen durch die **VO 2022/1904**: Neu ist v.a. der Mechanismus zur Preisobergrenze bei Energieprodukten (vgl. Anhänge XXVIII und XXIX), der aber noch – mangels detaillierter ausformulierter Regelungen – unklar bleibt. Zur Preisobergrenze vgl. auch Nr. 9 bis 14 der Präambel; hiernach soll u.a. Folgendes gelten: Hat ein Schiff unter der Flagge

© Fly Of Swallow Studio/Shutterstock

**Das achte Sanktionspaket der Europäischen Union soll das Auslandsgeschäft Russlands weiter zu Fall bringen.**

eines Drittstaates russisches Öl/russische Ölerzeugnisse befördert, das/die zu einem Preis oberhalb der Preisobergrenze erworben wurde/n, so soll es verboten sein, bestimmte Dienstleistungen im Zusammenhang mit künftigen Beförderungen von Öl/Ölerzeugnissen durch dieses Schiff bereitzustellen.

Neu ist das Verbot der Lieferung von Feuerwaffen nach Russland. Verschärft werden Art. 3ea (kein Zugang zu EU-Häfen für russische Schiffe) und Art. 3n (Verbot von Dienstleistungen bei der Beförderung von Öl), wobei hier auch Ausnahmen eingeführt werden. Verschärft wird auch Art. 5aa (keinerlei Transaktionen mit staatseigenen Unternehmen Russlands) um die Regelung, dass es ab dem 22. Oktober 2022 verboten ist, einen Posten in den Leitungsgremien einer der in Anhang XIX gelisteten staatseigenen Unternehmen zu bekleiden.

Und verschärft wird v.a. Art. 5n (Verbot, bestimmte Dienstleistungen für Russland zu erbringen). Während es bisher nur um die Dienstleistungen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Buchführung, Steuerberatung und PR-Beratung ging, werden jetzt weitere Dienstleistungen einbezogen: Dienstleistungen für Russland in den Bereichen Architektur, Ingenieurwesen, Rechtsberatung und IT-Beratung sind ab sofort verboten (Ausnahme: Erfüllung bis 8. Januar 2023 bzgl. Verträgen, die vor dem 7. Oktober 2022 geschlossen wurden). Hierbei sind aber einige Differenzierungen nach Nr. 19 der Präambel zu beachten; so sollen etwa Rechtsvertretungsdienstleistungen – anders als reine Rechtsberatung – weiterhin zulässig bleiben. Die Russland-Anhänge werden durch das achte Sanktionspaket wie folgt geändert:

- Anhang VII (Ausfuhrverbot: strategische Güter): Einfügung neuer Positionen in Kap. 8 (verschiedene Gegenstände) und 9 (besondere Werkstoffe) sowie Einfügung eines neuen Teils B (Halbleiterbauelemente, elektronische integrierte Schaltungen, Fotoapparate) – vermutlich soll gesagt werden, dass für Teil B eine neue Altvertragsregelung gelten soll. Diese Regelung fehlt aber bisher.

- Neufassung Anhang XI (Ausfuhrverbot: Luft- und Raumfahrt): v.a. neuer Teil B, für den eine neue Altvertragsregelung gilt (Erfüllung bis 6. November 2022 für Verträge vor dem 7. Oktober 2022)

- Neufassung Anhang XVII (Einfuhrverbot: Eisen- und Stahlerzeugnisse): v.a. neuer Teil B (neue Altvertragsregelung: Erfüllung bis 8. Januar 2023 für Verträge vor dem 7. Oktober 2022). Außerdem wird Art. 3g verschärft und es werden neue Ausnahmen eingeführt (u.a. bestimmte Einfuhrkontingente). Besonders hervorzuheben ist, dass die EU hier erstmals Sanktionen mit einer gewissen extraterritorialen Wirkung erlässt, denn ein mittelbares Einfuhr- oder Kaufverbot wird u.a. bereits dann ausgelöst, wenn Eisen- und Stahlerzeugnisse „in einem Drittland unter Verwendung der in Anhang XVII gelisteten Eisen- und Stahlerzeugnisse mit Ursprung Russland verarbeitet wurden". Dies zeigt, dass sich v.a. die Eisen- und Stahlhändler besonders dagegen absichern müssen, dass auch ihre Lieferanten keine Eisen- und Stahlerzeugnisse mit Ursprung Russland u.a. für die Verarbeitung verwenden.

- Neufassung Anhang XIX (staatseigene Unternehmen): Unter Teil B wird das russische Schiffsregister gelistet (vgl. hierzu Nr. 16 der Präambel).

- Neufassung Anhang XXI (Einfuhrverbot: Güter, die Russland erhebliche Einnahmen bringen können), v.a. sehr langer neuer Teil B (neue Altvertragsregelung: Erfüllung bis 8. Januar 2023 für Verträge vor dem 7. Oktober 2022). Neben der Verschärfung sind auch neue Ausnahmen in Art. 3i vorgesehen (u.a. bestimmte Einfuhrkontingente).

- Neufassung Anhang XXIII (Ausfuhrverbot: Güter zur Stärkung der industriellen Kapazität Russlands), der jetzt 32 Seiten lang ist; für vier neue Positionen (Steinkohle, Braunkohle, Torf und Koks) ist eine neue Altvertragsregelung vorgesehen (Erfüllung bis 8. Januar 2023 für Verträge vor dem 7. Oktober 2022).

## Zur Prüfreihenfolge (vgl. unseren Beitrag in Heft 4/2022, S. 17 ff.)

Bei den spezifischen Güterverboten ist zu berücksichtigen, dass neue Einfuhrverbote – neben den bisherigen nach Anhang XVII (Eisen und Stahl), XXI (Güter mit erheblichem Einnahmepotenzial für Russland), XXII (Kohleerzeugnisse), XXIV (bestimmte chemische Erzeugnisse) und Anhang XXV für Erdöl/Erdölerzeugnisse – hinzugekommen sind, konkret die Anhänge XXVI (Gold) und XXVII (Schmuckwaren).

## Lösung Ausgangsfall 1

**Güterprüfung Steinkohle:** Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass ein gelistetes Dual-Use-Gut vorliegt. Aber die Standardprüfung (Eingabe der ZTN in die elektronische konsolidierte Fassung der VO 833/2014) ergibt bisher nur einen Eintrag in Russland-Anhang XXII: Nach Art. 3j besteht somit ein Verbot der EU-Einfuhr von Steinkohle, wenn sie den Ursprung Russland hat oder aus Russland ausgeführt wurde (die Altvertragsregelung ist zum 10. August 2022 ausgelaufen). Seit dem 7. Oktober 2022 wird Steinkohle mit der ZTN 2701 00 auch von Anhang XXIII erfasst, sodass sich aus Art. 3k jetzt auch ein Ausfuhrverbot ergibt. Sollte allerdings

der Vertrag vor dem 7. Oktober 2022 abgeschlossen sein, könnte ein solcher Altvertrag noch bis zum 8. Januar 2023 erfüllt werden.

Manuelle Zusatzprüfung: Die Eingabe des Begriffs „Kohle" führt zu keinen zusätzlichen Treffern in einem der Anhänge.

**Güterprüfung Ingenieur-Dienstleistungen:** Sofern kein (vor dem 7. Oktober 2022 geschlossener) Altvertrag vorliegt oder keine der gesetzlichen Ausnahmen eingreift, sind D nach Art. 5n Ingenieur-Dienstleistungen gegenüber Personen in Russland (wie R) ab sofort verboten. Da es hier um technische Hilfe für nach Russland ausgeführte Güter geht, ist hierfür Nr. 19 der Präambel zu beachten: Diese technische Hilfe ist dann nicht verboten, wenn der Verkauf/die Lieferung des Gutes zu dem Zeitpunkt der technischen Hilfe noch erlaubt war.

## Lösung Ausgangsfall 2

Der Oligarch Alisher Usmanov (AU) ist auf Anhang I der Ukraine-VO 269/2014 gelistet. Es soll davon ausgegangen werden, dass die übrigen vier Anteilseigner nicht gelistet sind. Dann sind 49% der Anteile von R gelistet; da dies unter der 50%-Grenze liegt, ist R nicht als mittelbar gelistet anzusehen. Fragen können sich allerdings dann stellen, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen sollten, dass der gelistete Oligarch AU Anteilseigner etwa an einer der zwei Steuervermeidungsgesellschaften sein sollte. Denn mit nur einem zusätzlichen Anteil von 1% würde AU dann die 50%-Grenze erreichen, sodass R als mittelbar gelistet angesehen werden müsste (für die Belieferung von R wäre dann eine BAFA-Genehmigung notwendig). Hier stellen sich schwierige Fragen – v.a. dann, wenn auch nach längeren Recherchen nicht herausgefunden werden kann, welche natürlichen Personen hinter den zwei Gesellschaften stehen.

## Resümee

Als Antwort auf die völkerrechtswidrige Annexion Russlands der vier besetzten Regionen der Ukraine war eine entschlossene Antwort der EU in Form eines noch intensiveren Russland-Embargos erforderlich. Diese Antwort hat die EU überzeugend mit dem achten Sanktionspaket gegeben; es wird immer mehr in Richtung eines Fast-Total-Embargos ausgedehnt.

Die Verschärfungen der Ausfuhrverbote (v.a. Anhänge VII, XI und XXIII) und der Einfuhrverbote (v.a. Anhänge XVII und XXI) sind zu begrüßen, da sie tatsächlich Güter betreffen, die für Russland von strategischer Bedeutung sind bzw. für die Stärkung der industriellen Kapazität Russlands wichtig sind oder die für Russland erhebliche Einnahmen bringen können. Dies ist bei den meisten neuen Güterlistungen der Fall; nur bei sehr wenigen Positionen können sich Fragen stellen.

Auch die Ausdehnung der Dienstleistungsverbote ist zu begrüßen, solange zwingend notwendige Dienstleistungen (wie Rechtsvertretungen und Ingenieur-Dienstleistungen für vorher verkaufte Güter) noch möglich sind. Der Mechanismus zur Preisobergrenze bedarf der weiteren Präzisierung, um ihn operabel zu machen.

***„Als Antwort auf die völkerrechtliche Annexion Russlands der vier besetzten Gebiete der Ukraine hat die EU mit dem achten Sanktionspaket eine überzeugende Antwort gegeben. Die Ausfuhr- und Einfuhrverbote wurden weiter verschärft und für den mittelbaren Handel sind z.T. auch extraterritoriale Wirkungen (Verarbeitungen in Drittländern) zu berücksichtigen."***

Damit das Russland-Embargo weiterhin effektiv bleibt, sind Maßnahmen erforderlich, um den „in Russland florierenden Graumarkt-Handel" (Focus vom 9. Oktober 2022) zu verhindern oder zumindest zu minimieren. Denn sonst kommen die Embargowaren trotzdem über Umwege in Russland an. Gerade wenn Händler (selbst innerhalb der EU) beliefert werden, sollten vertragliche Absicherungen und vergleichbare Mittel gewählt werden, um eine Weiterlieferung nach Russland zu verhindern (vgl. unseren Beitrag in Ausgabe 6/2022, S. 22, Thesen 4 bis 6); das gilt v.a. bei Händlern in Russlands Nachbarländern (wie die Türkei, Usbekistan oder das Baltikum), aber auch bei Händlern in möglichen Umgehungsländern (wie China oder Indien).

Für die Exportunternehmen wäre es gut, wenn es *Guidance*-Dokumente des BAFA zu einzelnen Fragen geben würde. Hier geht es um Fragen, wie z.B. die folgenden:

- Was ist zu tun, wenn gelistete Personen (z.B. Oligarchen) knapp unter 50% der Anteile an einem russischen Kunden halten?
- Welche Dienstleistungen sind in jedem Fall verboten, welche noch erlaubt? Hier könnte z.B. die Grenze zwischen Rechtsberatung einer- und Rechtsvertretung andererseits erläutert werden.
- Welche Schritte sind erforderlich, um mittelbare Lieferungen nach Russland zu verhindern?

Für die Exportunternehmen ist es weiter wichtig, die Unterstützung durch einen Exportanwalt zu haben. Dabei sollte unbedingt das Risiko von Embargoverstößen (und möglichst auch von unnötigen BAFA-Genehmigungsanträgen) vermieden werden.

*Wegen aktueller Hinweise zum Russland-Embargo vgl.* HIER *und zum EU-Exportrecht vgl.* HIER.

# Strategische Partner

**Coface**
Niederlassung in Deutschland
Sebastian Knierim
Pressesprecher
Isaac-Fulda-Allee 1
55124 Mainz
(0 61 31) 323-335
sebastian.knierim@coface.com

**Credendo**
Karsten Koch
Country Manager
Luisenstraße 21
65185 Wiesbaden
(06 11) 50 40 52-02
k.koch@credendo.com

**Deutsche Bank AG**
Corporate Bank
Kerstin Schirduan
Regional Marketing Head
EMEA
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt am Main
(069) 910-322 96
kerstin.schirduan@db.com

**ecovium GmbH**
Darya Basarhina
Director, Sales
Customs Division
Justus-von-Liebig-Str. 3
31535 Neustadt
(0 71 73) 91 25-44
01 70 635 90 76
darya.basarhina@
ecovium.com

**GvW Graf von Westphalen**
Dr. Lothar Harings
Rechtsanwalt
Poststraße 9 – Alte Post
20354 Hamburg
(040) 359 22-278
l.harings@gvw.com

**Helaba**
Andrej Rempel
Executive Director
Structured Trade &
Export Finance
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
(069) 91 32-43 86
andrej.rempel@helaba.de

**Hohmann Rechtsanwälte**
RA Dr. Harald Hohmann
Am Galgenfeld 14–16
63571 Gelnhausen
(0 60 51) 88 88-644
info@hohmann-
rechtsanwaelte.com

**KfW IPEX-Bank GmbH**
Dr. Axel Breitbach
Stellvertretender Direktor
Kommunikation
Palmengartenstraße 5–9
60325 Frankfurt am Main
(069) 74 31-29 61
axel.breitbach@kfw.de

**Landesbank**
**Baden-Württemberg**
Nanette Bubik
Head of Export Finance
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
(07 11) 127-760 18
nanette.bubik@lbbw.de

**ODDO BHF**
Aktiengesellschaft
Jutta Röller
International Banking Sales
Bockenheimer Landstraße 10
60323 Frankfurt am Main
(069) 718-22 35
jutta.roeller@oddo-bhf.com

**TraFinScout GmbH**
Eckhard Creutzburg
Geschäftsführer
Solmsstraße 4
60486 Frankfurt am Main
(069) 153 25 93 41
eckhard.creutzburg@
trafinscout.com

## IMPRESSUM

**Verlag:**
MBM Martin Brückner Medien GmbH
Rudolfstraße 22–24
60327 Frankfurt am Main
HRB Nr. 42035
Amtsgericht Offenbach
Ust.-Idnr. DE246197823

**Geschäftsführung:**
Martin Brückner

**Redaktion:**
Jörg Rieger
E-Mail: redaktion@exportmanager-online.de

**Anzeigen:**
Marcus Rohrbacher
E-Mail: marcus.rohrbacher@mwm-medien.de

**Lektorat:**
Juliane Streicher

**Jahresabonnement:**
Bezug kostenlos, zehn Ausgaben, Registrierung unter www.exportmanager-online.de

**Strategische Partner:**
Coface, Credendo, Deutsche Bank, ecovium, GvW Graf von Westphalen, Helaba, Hohmann Rechtsanwälte, KfW IPEX-Bank, Landesbank Baden-Württemberg, ODDO BHF, TraFinScout

**Haftungsausschluss:**
Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts des ExportManagers übernehmen Verlag und Redaktion keine Gewähr.

**Eine Publikation von:**
**MBM Martin Brückner Medien GmbH**